
S 12 RJ 446/01

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Freistaat Bayern
Sozialgericht	Bayerisches Landessozialgericht
Sachgebiet	Rentenversicherung
Abteilung	19
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	-
Leitsätze	-
Normenkette	-

1. Instanz

Aktenzeichen	S 12 RJ 446/01
Datum	18.02.2003

2. Instanz

Aktenzeichen	L 19 R 208/03
Datum	27.07.2005

3. Instanz

Datum	-
-------	---

I. Die Berufung des Klägers gegen das Urteil des Sozialgerichts Würzburg vom 18.02.2003 wird zurückgewiesen.

II. Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.

III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Die Beteiligten streiten um die Gewährung einer Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit.

Der 1954 geborene Kläger ist im Oktober 1999 aus Kasachstan nach Deutschland übergesiedelt. Er hat nach seinen Angaben keine Berufsausbildung durchlaufen und war in Kasachstan von 1971 bis 1999 als Traktorist, (angelernter) Schlosser und Kraftfahrer berufstätig. Nach der Übersiedlung nach Deutschland war er nur noch geringfügig beschäftigt.

Ein erster Rentenanspruch des Klägers vom 30.11.1999 ist mit Bescheid der

Beklagten vom 23.02.2000 abgelehnt worden.

Am 02.10.2000 beantragte der Kläger durch seinen Bevollmächtigten erneut die Gewährung von Rente im Wege des [ 44 SGB X](#). Die Beklagte ließ ihn untersuchen durch den Orthopäden Dr.L. , der im Gutachten vom 12.12.2000 zu dem Ergebnis kam, der Kläger könne als Kraftfahrer nicht mehr oder nur noch bis unter drei Stunden eingesetzt werden; ansonsten sollten ihm leichte krperliche Arbeiten, vorwiegend im Sitzen mit gelegentlichem Umhergehen, noch vollschichtig mglich und zumutbar sein. Die Beklagte lehnte den Rentenanspruch mit Bescheid vom 09.01.2001 ab, da der Kläger weder berufs- noch erwerbsunfähig sei. Den dagegen erhobenen Widerspruch wies die Beklagte mit Bescheid vom 02.05.2001 zurück. Der Kläger sei noch in der Lage, zumindest leichte Tätigkeiten in Vollschicht auszuüben. Er sei nach seinem beruflichen Werdegang auf den allgemeinen Arbeitsmarkt zu verweisen, der ihm auch nicht verschlossen sei.

Gegen diese Entscheidung hat der Kläger am 08.06.2001 Klage beim Sozialgericht Wrzburg erhoben. Er hat weiterhin die Gewährung von Rente wegen Erwerbsunfähigkeit, hilfsweise wegen voller Erwerbsminderung verlangt. Er sei keinesfalls in der Lage, auch nur leichte Tätigkeiten im Umfang von sechs Stunden täglich zu erbringen. Das SG hat Befundberichte des Internisten Dr.R. , des Allgemeinarztes Dr.E. und des Orthopäden Dr.K. zum Verfahren beigegeben und den Chirurgen Dr.H. zum ärztlichen Sachverständigen bestellt. Dieser hat das Gutachten vom 22.11.2002 nach ambulanter Untersuchung des Klägers erstattet. Er hat den Kläger für fähig erachtet, leichte krperliche Arbeiten in Vollschicht (auch mindestens sechs Stunden täglich) zu verrichten, mittelschwere Arbeiten im Umfang bis zu drei Stunden. Dem Kläger sei auch eine Gehstrecke von 500 Metern in jeweils weniger als 20 Minuten Dauer vier Mal am Tag zuzumuten.

Mit Urteil vom 18.02.2003 hat das SG die Klage  gerichtet auf Gewährung von Rente wegen Erwerbsminderung ab 01.12.1999  abgewiesen. Es hat sich in der Leistungsbeurteilung der Auffassung von Dr.H. angeschlossen. Beim Kläger liege auch keine schwere spezifische Behinderung oder Summierung ungewöhnlicher Leistungseinschränkungen vor. Dem Kläger komme nach seinem beruflichen Werdegang kein qualifizierter Berufsschutz zu, er sei vielmehr auf den allgemeinen Arbeitsmarkt verweisbar. Der Benennung einer konkreten Verweisungstätigkeit bedürfe es nicht; dennoch hat das SG als zumutbare Verweisungstätigkeit den Beruf des einfachen Pfrtners aufgezeigt.

Gegen dieses Urteil richtet sich die am 11.04.2003 beim Bayer. Landessozialgericht eingegangene Berufung des Klägers. Dieser verlangt weiterhin die Gewährung von Rente wegen verminderter Erwerbsfähigkeit. Er sei nicht in der Lage, zu den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes erwerbstätig zu sein. Seine Unterschenkelamputation sei zwar prothetisch versorgt, er sei aber nicht in der Lage, die Prothese ständig zu tragen. Die im Erwerbsleben erforderliche Wegefähigkeit sei bei ihm nicht gegeben. Der Senat hat Befundberichte des Orthopäden Dr.L. , des Internisten Dr.R. und des Orthopäden Dr.H. (in Praxis mit Dr.K.) zum Verfahren beigegeben. Auf Veranlassung des Senats hat der Orthopäde Dr.K. das Gutachten vom 04.04.2005 nach ambulanter Untersuchung

des KlÄxgers erstattet. Er hat als Diagnosen genannt: 1. Zustand nach Unterschenkelamputation mittleres Drittel rechts bei guter prothetischer Versorgung, 2. chronisches degeneratives HWS-Syndrom Grad I, mÄxÄqige FunktionseinschrÄnkung, 3. chronisches lokales BWS-Syndrom bei mÄxÄqiger Fehlstatik, mÄxÄqige FunktionseinschrÄnkung, 4. chronisch degeneratives LWS-Syndrom Grad I, mÄxÄqige FunktionseinschrÄnkung, 5. Coxarthrose Grad I bis II beidseits, mÄxÄqige FunktionseinschrÄnkung, 6. beginnende Gonarthrose rechts ohne FunktionseinschrÄnkung. Der KlÄxger sei derzeit in Teilzeit beschÄftigt. Er sei in der Lage, leichte Arbeiten in Vollsicht zu verrichten, mittelschwere Arbeiten bis unterhalbschichtig. Bei guter prothetischer Versorgung sei dem KlÄxger eine Wegstrecke von 1.000 Metern oder mehrmals tÄglich mehr als 500 Meter mit zumutbarem Zeitaufwand mÄglich. Als Traktorist oder Kraftfahrer sollte der KlÄxger nicht mehr eingesetzt werden; der Beruf eines PfÄrtners oder BÄroboten sei ihm aber zumutbar. Insgesamt gesehen bestehe ein unverÄnderter Befund im Vergleich zu den Vorgutachten von Dr.L. und Dr.H. Der KlÄxger hat mitgeteilt, dass er bei einer GebÄudereinigungsfirma in geringfÄgigem Umfang beschÄftigt sei.

Der KlÄxger beantragt, das Urteil des SG WÄrzburg vom 18.02.2003 und die Bescheide der Beklagten vom 23.02.2000 und vom 09.01.2001, letzteren in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 02.05.2001 aufzuheben und die Beklagte zu verurteilen Rente wegen verminderter ErwerbsfÄhigkeit zu gewÄhren.

Die Beklagte beantragt, die Berufung des KlÄxgers zurÄckzuweisen.

Dem Senat haben die Verwaltungsakten der Beklagten und die Prozessakte des SG WÄrzburg vorgelegen. Wegen weiterer Einzelheiten des Sachverhalts wird auf den gesamten Akteninhalt Bezug genommen.

EntscheidungsgrÄnde:

Die Berufung des KlÄxgers ist form- und fristgerecht eingelegt und auch im Äbrigen zulÄssig.

Das Rechtsmittel des KlÄxgers erweist sich als nicht begrÄndet. Das SG hat zutreffend entschieden, dass dem KlÄxger Rente wegen voller oder auch teilweiser Erwerbsminderung im Sinne des [Ä§ 43 SGB VI](#) in der bis 31.12.2000 geltenden Fassung nicht zusteht und dass auch eine RÄcknahme des Rentenablehnungsbescheides vom 23.02.2000 im Wege des [Ä§ 44 Abs 1 SGB X](#) nicht in Betracht kommt.

Dieses vom SG gefundene Ergebnis ist durch die Beweiserhebung im Berufungsverfahren in vollem Umfang bestÄtigt worden. Der OrthopÄde Dr.K. hat Äberzeugend ausgefÄhrt, dass der KlÄxger trotz seiner GesundheitsstÄrungen in der Lage ist, leichte kÄrperliche Arbeiten in Vollsicht zu leisten, mittelschwere Arbeiten im Umfang von bis unterhalbschichtig tÄglich. Dr.K. hat ausdrÄcklich hervorgehoben, dass der KlÄxger gut prothetisch versorgt ist und dass die Befunde im Vergleich zu den Vorgutachten von Dr.L. und Dr.H. unverÄndert geblieben sind.

Von der Unterschenkelamputation abgesehen bestehen beim Kläxger keine wesentlichen Einschränkungen der kaxrperlichen Leistungsfähigkeit. Aus der Amputation und ihren Folgen allein laxsst sich ein Rentenanspruch aus der deutschen Rentenversicherung nicht ableiten; dies gilt auch dann, wenn der Kläxger in Kasachstan eine Rente bezogen hat. Faxr den Senat ist die von Dr.K. vorgenommene Leistungseinschätzung axberzeugend, da der Sachverständige alle beim Kläxger feststellbaren und bekannten Gesundheitsstörungen beraxcksichtigt und in ihren Auswirkungen faxr die Leistungsfähigkeit bewertet hat. Dr.K. befindet sich mit seiner Leistungsbewertung in axbereinstimmung mit den vorausgehend angehaxrten Sachverständigen Dr.L. und Dr.H ax;

Der Kläxger ist als ungelernter Arbeiter auf den allgemeinen Arbeitsmarkt verweisbar und zwar ohne dass es der Benennung einer konkreten Verweisungstätigkeit bedarf. Er hat mehrfach angegeben, dass er keine Berufsausbildung durchlaufen hat. Seine Berufstätigkeiten in Kasachstan waren die eines Traktoristen mit gelegentlich, axberwiegend kurzzeitig ausgefaxhrten Arbeiten aus dem Schlosserbereich. Zuletzt war der Kläxger nach seiner eigenen Einlassung von 1992 bis 1999 als Kraftfahrer eingesetzt, wobei faxr die Fahrertatigkeit eine Ausbildungs- bzw. Anlernzeit von knapp vier Wochen erforderlich war (so die Angaben des Klaxgers im Fragebogen vom 04.07.2001 im SG-Verfahren). Bei diesem Berufsbild laxsst sich ein Berufsschutz wie faxr einen Facharbeiter nicht ableiten. Der Kläxger ist vielmehr in voller Breite auf die Berufstätigkeiten des allgemeinen Arbeitsmarktes verweisbar.

Bei dem vorhandenen Leistungsvermaxgen des Klaxgers besteht auch kein Anspruch auf Rente wegen Erwerbsminderung gemaxax [ax 43 SGB VI](#) in der Fassung der seit 01.01.2001 geltenden Neuregelung, wie das SG ebenfalls zutreffend festgestellt hat.

Da faxr den Kläxger weder auf Grund des Antrags vom November 1999 noch nach dem Antrag vom Oktober 2000 ein Rentenanspruch zu begraxnden ist, war die Berufung gegen das Urteil des Sozialgerichts Waxrzburg vom 18.02.2003 zuraxckzuweisen. Die Beteiligten haben einander auaxergerichtliche Kosten nicht zu erstatten, [ax 193 SGG](#). Graxnde faxr die Zulassung der Revision gemaxax [ax 160 Abs 2 SGG](#) sind nicht ersichtlich.

Erstellt am: 02.01.2006

Zuletzt veraxndert am: 22.12.2024